

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 3/49. Jahrgang

März 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

## Straßenausbaubeiträge: Gipfel kommunaler Abzockerei

Heftige Diskussionen gab es im Stadtparlament über den Antrag von Michael Beltz, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, die die Hausbesitzer bei einer Sanierung bezahlen sollen – dabei geht es jeweils um bis zu mehreren zigtausend Euro.

Insbesondere die Magistratsparteien SPD, CDU und Grüne legten sich ins Zeug, also exakt jene Parteien, die mit ihrer Politik in Berlin und Wiesbaden für die leeren Kommunalkassen verantwortlich sind.

**Stv. Nübel (SPD)** bezeichnete den Antrag als „gefährlich“ und unterstellte, die Linksfraktion würde sich für „Großgrundbesitzer“ einsetzen; er riet dazu, dass alle rechtzeitig Geld für eine evtl. anstehende Straßensanierung zurücklegen, wie auch er es tue.

**Stv. Grothe (Grüne)** fragte, wo das Geld herkommen sollte, und drohte mit der Erhöhung der Grundsteuer B als Alternative.

**Stv. Möller (CDU)** behauptete, die Linke wolle einen Blanko-Scheck, und lamentierte, wie die Sanierung denn bezahlt werden solle, wenn wir niemanden belasten können; er verblüffte mit dem Spruch: Alles andere halte ich für Kommunismus.

**OB Grabe-Bolz** schließlich erklärte, dass jede Gebühr weh tut, aber nichts anderes übrig bleibt.

Selbstverständlich stimmte letztlich nur die Fraktion Gießener Linke für die Abschaffung. Der Antrag der FDP, den Zwang zur Erhebung abzuschaffen und den Kommunen mehr Spielraum zu gewähren, wurde ebenfalls abgelehnt.

Nun beschränkt sich der Widerstand gegen diese Gebühren nicht nur auf Gießen, sondern findet landesweit statt.

Mehrfach war denn auch zu hören, dass Wahlen anstehen und sich die Landesregierung schon mit einer Än-

aufgenommen im Februar 2018



derung befasse. Dies solle man abwarten. Vager geht's kaum.

Den Menschen in der Bitzenstraße und in der Anneröder Siedlung (dem

(Fortsetzung auf Seite 3)

### Inhalt:

Groko/Alte Post	S.2
Stickoxyde/OB: uneinsichtig	S.3
Metallabschluss/Hartz-IV-Klagen	S.4
Uniklinikum/Geschäft mit dem Müll	S.5
Verfassungsschutz + hess. CDU/Grüne	S.6
Me-Too? Nicht jammern.../Leserbriefe	S.7
Termine/Syrien: Annäherung...	S.8



Mit einer großen Demonstration von mehreren hundert Teilnehmern ging am 24.2. die Aktionswoche der Solidarität mit Afrin zu Ende, gegen das die Türkei seit Wochen - auch mit deutschen Panzern - einen blutigen Krieg führt. Die Solidarität geht weiter!



**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

# Groko: für Armut und Krieg

Über die blamable Vorstellung der SPD ist zu Recht genug gelästert - und der ausgehandelte Groko-Vertrag ausreichend verrissen worden. Was aber bisher vollkommen untergegangen zu sein scheint, ist die Tatsache, dass bei allem Geschwafel über „Gerechtigkeit“ und „Familienförderung“ die Ärmsten der Armen nicht erwähnt werden. Hie und da werden Brosamen verteilt, wie die Erhöhung des Kindergeldes um 25 Euro, von denen Hartz-IV-Bezieher aber keinen Cent abbekommen. Die Ausgegrenzten wie Rentner, Alleinerziehende, Erwerbslose und vor allem die 2 Millionen Kinder und Jugendlichen, die von Hartz IV leben müssen, werden mit ihren Nöten allein gelassen.

Sowohl für den alten Verhandlungsanlauf, dem FDP-Lindner ein Ende bereitete, als auch in der jetzt zur Abstimmung stehenden Koalition ist die Zementierung der Armut selbstverständlich.

Während der Soli gestrichen werden soll, wird eine Senkung der Mehrwertsteuer, die Menschen mit kleinem Einkommen brau-

chen, nicht erwogen. Das asoziale Machwerk Hartz IV und die nicht viel bessere Grundsicherung wird mit eisigem Schweigen bedacht. Die Regelsätze bleiben unvermindert niedrig, das System der Demütigung, Strafen und Kürzungen bleibt bestehen. Jeder abhängig Beschäftigte ist gefährdet, selbst in diese Armutsfalle abzurutschen.

Das wissen die bürgerlichen Parteien alle miteinander und billigen es – wie übrigens auch die AfD. Deshalb ist es letztlich egal, wer mit wem koalitiert. Und in einem weiteren Punkt herrscht



## ABRÜSTEN statt AUFRÜSTEN

Unter dieser Losung hat die Friedensbewegung eine Unterschriftenkampagne gestartet, um den Rüstungswahnsinn zu stoppen. Der Aufruf mit der Möglichkeit zum Unterschreiben steht hier: [www.abruesten.jetzt](http://www.abruesten.jetzt)

Einigkeit: Aufrüstung.

Die Rüstungsausgaben sollen nahezu verdoppelt werden und auf 2% des Bruttoinlandsprodukts steigen. Das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich, z. B. für Straßensanierung und Soziales, fehlen.

Stattdessen werden Auslandseinsätze ausgeweitet, Drohnen angeschafft, nach Atomwaffen geschickt und neue Kriege vorbereitet.

Lästern und sich bestätigt fühlen, weil die SPD mal wieder den Steigbügelhalter gibt, reicht nicht.

Diese Politik braucht entschiedenen Widerstand!

Erika Beltz

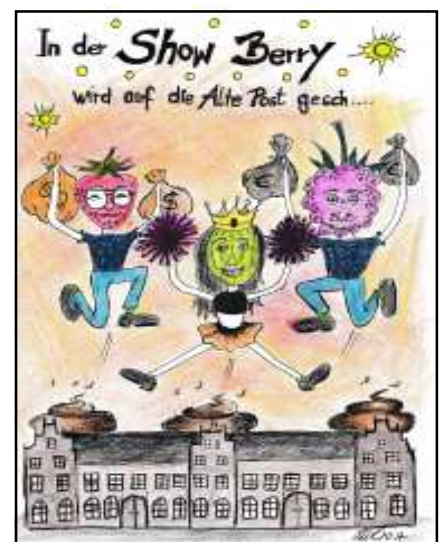
# Der Erhalt der Alten Post in Sack und Tüten?

Der Erhalt der denkmalgeschützten Alten Post aus dem Jahre 1893 scheint gesichert. Viele Gießener Bürger atmen möglicherweise zu früh erleichtert auf. Die Stadt feiert sich, aktiv bei Verhandlungen beteiligt gewesen zu sein. Der Frankfurter Sven G. Rothenburger erfuhr aber eher beiläufig von dem Gebäude und erwarb die Alte Post für 4,5 Mio. Euro in Verbindung mit einer üblichen Rücktrittsklausel. Er plane jetzt zusammen mit der Stadt, das inzwischen sehr marode Sandsteingebäude zu einem Hotel-, Gastronomie- und Wohnkomplex zu sanieren. Die Klausel gilt 4 Monate und dient der Überprüfung, ob das Zugesagte eingehalten werde. Er sei hinsichtlich der Sanierung ebenso auf Kompromisse angewiesen. So ist laut Denkmalschutz nur eine Einfachverglasung erlaubt, die bei einem Hotel wegen des Straßenverkehrs und aus energetischen Gründen nicht vernünftig scheint. Eine alte zweite Eingangstür muss wieder eingebaut werden, da

die Alte Post in zwei unabhängig voneinander verwendete Bereiche geteilt werden soll. Ein neues Gutachten muss angefertigt werden, das letzte wurde Ende 2016 vorgenommen - der Zahn der Zeit nagt hier besonders schnell. Die Rückfront der Post ist inzwischen sehr weich und mürbe. Das Haus des alten Telephnamtes dagegen scheint gut erhalten. Auch wenn Rothenburger großes Interesse an der Umsetzung seiner Ideen hat, gibt es weitere Hürden zu überwinden, viele Verträge zu verhandeln und viele Interessen zu berücksichtigen. Offen ist auch noch die Frage, welche Mieter einen Teil des Objekts nutzen. Noch nicht verhandelt ist, wer dann die Kosten der Sanierung des Teilkomplexes übernimmt. Die Bürgerinitiative erwartet, dass die Stadt das Zugesagte einhält, jede mögliche Unterstützung zusichert und umsetzt. Die BI wird den weiteren Verlauf kritisch begleiten und veröffentlichen. Tatsache ist, dass

die Stadt jahrelang kein echtes Interesse an dem Erhalt des Gebäudes hatte und zur Verantwortung gezogen werden müsste, sollte das Gebäude nun doch abgerissen werden.

Martina Lennartz



Und wenn sich die Verhandlungen hinziehen sollten, bis eine Sanierung zu spät ist, hat Shobeiri sein Ziel erreicht.

# Was tun gegen Stickoxide?

„Freie Fahrt in Bussen und Bahnen für alle“ schlugen wir im vorigen Gießener Echo als Alternative zur Neiddebatte über das Hessenticket für Landesbedienstete vor. Kaum zwei Wochen später wurde dieser utopisch klingende Vorschlag ausgerechnet von der geschäftsführenden Bundesregierung aufgegriffen – leider nicht aus Überzeugung, sondern aus der Notwendigkeit, irgendwie auf Forderungen der EU-Kommission zu reagieren. In vielen deutschen Städten, auch in Gießen, sind die Stickoxid- und Feinstaubkonzentrationen viel zu hoch, die EU droht mit Vertragsstrafen. Schuld ist vor allem der Fahrzeugverkehr, vor allem Diesel-Pkws sind die größten Stinker. Bekanntlich haben die Autokonzerne bei den Abgaswerten für diese Fahrzeuge schamlos betrogen, deswegen gibt es möglicherweise bald Fahrverbote für Diesel-Pkws. Gießen beteiligt sich, vor allem mit Geld von der

Bundesregierung, an einem sogenannten „Green City Plan“, mit dem die Luft verbessert werden soll. Was dazu notwendig ist, bedarf keiner teuren Untersuchung, sondern liegt auf der Hand: weniger motorisierter Individualverkehr, dafür mehr öffentliche, emissionsarme Verkehrsmittel und bessere Bedingungen für Fußgänger und Radfahrer.

Bisher wurde dafür viel zu wenig getan. Die wichtigsten Buslinien sind häufig überfüllt, die Taktzeiten sind viel zu lang, abends fahren kaum noch Busse, große Teile der Stadt sind schlecht erschlossen. Radfahren in Gießen ist eher etwas für Hartgesottene und Wagemutige, wer es nicht gewohnt ist, gibt oft nach den ersten Versuchen auf. Mal sehen, was bei der teuren Studie rauskommt. Illusionen sind nicht angebracht. Wirkliche Lösungen sind im Kapitalismus kaum möglich, dazu ist die Macht der Konzerne viel zu groß. Gernot Linhart



## OB bleibt uneinsichtig

„Bürgerbeteiligung – Sandkastenspiele“, so hatten wir im Januar 2015 darauf hingewiesen mit dem Wissen, dass den Menschen vorgegaukelt wird, ihre Mitarbeit sei willkommen. Und entsprechend fiel auch das von der Stadt in Auftrag gegebene Gutachten aus.

Nur, dass nebenbei die BI „Lebenswertes Gießen“ darin übel beschimpft wurde. Nun hat sich die Universität unter Leitung von Prof. Mukherjee dazu entschlossen, das von der Stadt als wissenschaftlich gepriesene (und teure) Machwerk von Prof. Hornig zurückzuziehen. Und Prof. Hornig hat sich entschuldigt. Dieser Vorgang ist inzwischen bekannt.

Peinlich ist, dass OB Grabe-Bolz, die sich massiv hinter das „wissenschaftliche“ Elaborat und gegen „Lebenswertes Gießen“ gestellt hatte, ihren Fehler nicht einzusehen bereit ist und sich im Gegensatz zum Prof. nicht entschuldigt.

Michael Janitzki hatte im Namen der Fraktion Gießener Linke die Oberbürgermeisterin aufgefordert: Gehen Sie doch auf die Bürgerinitiative zu!

Wurde damals gegen die Bürgerinitiative noch der Vorwurf erhoben, ihre Positionen seien undemokratisch, wissen wir jetzt durch eine Vertreterin der SPD, was demokratisch bedeutet.

M.B.



(Fortsetzung von Seite 1)

## Straßenausbaubeiträge

nächsten Sanierungsgebiet) ist damit nicht geholfen.

An der Praxis, dass die Menschen für jede kommunale Leistung nochmals extra bezahlen sollen, wird sich nichts ändern. Erst wird die Einführung von Abgaben zur Pflicht gemacht oder beschlossen, „kostendeckende Gebühren“ für alles Mögliche zu erheben.

Und dann lehnen sich die Vertreter der gleichen Parteien zurück und bedauern, sich den – selbstgemachten! – Sachzwängen beugen zu müssen. Die Staatseinnahmen kommen zum weit überwiegenden Teil von der Lohn/Einkommens- und Mehrwertsteuer,

werden also von uns allen aufgebracht. Die Konzerne und Superreichen dagegen werden geschont.

Damit nicht genug: Für Kriege und Militär wird das verpulvert, was den Menschen zugutekommen könnte. Das ist so im Kapitalismus. E.Beltz

## Vorreiter Bayern

Rückenwind erhält der Widerstand gegen die Straßenausbaubeiträge aus Bayern. Dort ist selbst die CSU jetzt dagegen, wenn auch nur, um den Freien Wählern, die ein Volksbegehren durchführen wollen, zuzukommen. Die dafür notwendigen 25.000 Unterschriften waren in wenigen Tagen zusammen. Dennoch wird bis Ende März weiter gesammelt.

# Zum Abschluss der IG Metall: Kuschen statt kämpfen

Im Februar-Echo war der Artikel zu den Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie noch überschrieben mit: „Kämpfen statt kuschen“. Denn etwa 930.000 Beschäftigte nahmen an den Warnstreiks teil. Eine halbe Million beteiligte sich an den 24-Stunden-Streiks, die Produktion in fast 280 Betrieben kam größtenteils zum Erliegen. Bevor es jedoch zu Urabstimmungen über unbefristete Flächenstreiks kam, einigten sich die IG Metall und die Unternehmer. Beide Seiten feierten den Tarifabschluss in Baden-Württemberg als Erfolg.

Zwar können die Beschäftigten jetzt ihre Wochenarbeitszeit für maximal zwei Jahre von 35 auf bis zu 28 Stunden verringern, einen Lohnausgleich gibt es aber nicht. Dagegen können die Unternehmer die Arbeitszeit für mehr Beschäftigte auf 40 Stunden pro Woche verlängern. Und dies nicht nur als Ausgleich für

Teilzeitbeschäftigung, sondern auch darüber hinaus. Tendenziell wird sich die Arbeitszeit dadurch eher verlängern als verkürzen.

Der „Wettbewerbsvorteil“ in Ostdeutschland, wie er von den Unter-

der langen Laufzeit des Tarifvertrages auf rund 1,9% im Jahr. Zieht man die Inflationsrate von 1,6% (Januar 2018) ab, bleibt nicht mehr viel übrig. Zum Vergleich: Die „Diäten“ der Bundestagsabgeordneten sollen im Juli voraussichtlich um 2,5% steigen, was einer monatlichen Erhöhung um fast 240 Euro entspricht. Insgesamt ist die Kapitaleseite gestärkt aus der Tarifrunde hervorgegangen. Sie kann sich ungehindert noch mehr Lebenszeit der abhängig Beschäftigten aneignen.

Auch wenn die IG Metall das Thema Arbeitszeit wieder in die Tarifaueinandersetzung eingebracht hat, die hohe Kampf- und Streikbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen wurde ausgebrems.

Die DKP fordert weiterhin eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Rainer Grabowski



nehmern makaber genannt wird, bleibt erhalten. Dort muss weiterhin länger gearbeitet werden, das bedeutet satte Extraprofite für die Kapitalisten.

Die vereinbarte Lohnerhöhung fällt bei

# Hartz IV - oft hilft nur eine Klage vor Gericht

Gegen den Bescheid des Jobcenters bzgl. Heizkosten vom 22.9.17 hatte der Hartz-IV-Aufstocker Widerspruch eingelegt (das Echo berichtete). Normalerweise hat dieser aufschiebende Wirkung und muss umgehend bearbeitet werden. Da das Jobcenter sich aber Anfang des Jahres noch immer nicht gerührt hatte, erhob der Betroffene Untätigkeitsklage beim Sozialgericht. Getan hat sich immer noch nichts.

Statt dessen erhielt der Betroffene am 12.1. einen Änderungsbescheid, in dem wieder hinten und vorne nichts stimmte:

- \* Sein Gehalt wurde um 80 € zu hoch angesetzt,
- \* der Verpflegungsmehraufwand (33 Euro/Monat) wurde nicht berücksichtigt und
- \* es wurden lediglich 13,60 € für Heizkosten bewilligt (statt vorher 116 €), womit man allenfalls ein Badezimmer heizen kann.

Selbstverständlich erfolgte auch hier sofort Widerspruch.

Dieses böse „Spiel“ des Jobcenters hat Methode; nach ihr wird versucht, die Ärmsten um das bisschen, was ihnen zusteht, noch zu prellen. Für diese „Kürzungen“ werden sogar noch Prämien gezahlt!

Allein im September mussten Hartz-IV-Bezieher 55 Millionen € mehr an Warmmiete bezahlen als die Ämter ihnen bewilligt hatten.

Das sind im Durchschnitt 17 €, die jeder Hartz-IV-Bezieher von seinem Existenzminimum abzweigen muss,

das ohnehin viel zu gering bemessen ist.

Das soll sich niemand gefallen lassen: Wer sich gegen diesen Missbrauch wehrt und klagt, bekommt in fast der Hälfte aller Fälle Recht.

Daher bastelt eine Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und Gemeinden gerade – im Geheimen! – an einer „Neuregelung der Kosten für Unterkunft und Heizung“, die ganz gewiss zu Ungunsten der Betroffenen ausfallen wird.

Für unseren Hartz-IV-Aufstocker ist diese Methode vorsätzlicher und fortgesetzter Betrug, wogegen er bereits Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet hatte – selbstverständlich ohne Erfolg (s. GE 1/18), denn eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Unser Rat: Wehrt Euch, lasst Euch juristisch beraten und Eure Bescheide prüfen, beantragt Prozesskostenhilfe; die muss bewilligt werden und ist kostenlos – wie auch jede Anzeige.

Erika Beltz



# Uniklinikum: Bosse feiern ihren Profit

Beim etwas verspäteten Neujahrsempfang des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) feierten sich die Bosse des Hauses und der Rhön AG als Herren des „bei weitem rentabelstem Klinikum in Deutschland“. Dass das gleichzeitig bedeutet, dass ihre Beschäftigten die am effektivsten ausgebeuteten im Lande sind, wurde nicht gesagt.

Immerhin gab es ein kleines Lob für die Belegschaft, aber kein Wort des Bedauerns für die, die sich bis zum Burnout kaputt arbeiten. Der ärztliche Direktor Werner Seeger hält die ständige Überlastung der Mitarbeiter anscheinend für völlig normal. Wenn ihm nach einer Reise eine Schwester als erstes mitteilt, die Arbeit auf ihrer Station sei kaum noch aufrecht zu erhalten, fällt ihm nichts anderes ein, als zu sagen, dass er wieder in Gießen ist. Zum Betriebsrat, der die unhaltbaren Zustände ändern möchte, macht er die Aussage, den könnte er leider nicht in seine Ausbeutungsmethoden einbeziehen. Die Streiks vom letzten Jahr, mit denen wenigstens eine klei-

ne Verbesserung bei der Personalausstattung erkämpft werden konnte, spielte in den Reden keine Rolle. Zur wissenschaftlichen Arbeit am Klinikum bedauerte Seeger, dass die Mediziner nicht genug Studien auf

Ärzten mehr Zeit für die Forschung zur Verfügung zu stellen. Der Vorstandsvorsitzende der Rhön AG, Holzinger, freute sich vor allem über das mit dem Land Hessen vereinbarte „Zukunftspapier“, das der Aktiengesellschaft jedes Jahr 15 Millionen Euro und einmalig 13 Millionen Euro mehr beschert, als beim Verkauf der Kliniken vereinbart worden war.

Das Land schießt jede Menge Geld zu, ohne irgendeinen Einfluss auf dessen Verwendung zu nehmen. Die beiden Sitze im Aufsichtsrat, die der Regierung zustehen, wurden nie besetzt.

Anständig von Holzinger wäre es gewesen, wenn er sich für seine Aussage vom Vorjahr, er wolle die Rhön-Kliniken „auf Trab“

bringen, entschuldigt hätte. So auf Trab wie die Beschäftigten der Uniklinik ist auf Vorstandsebene wohl niemand. Gernot Linhart



den Weg brächten. Wo sollen sie denn die Zeit hernehmen, wenn sie immer mehr Patienten zu behandeln haben?

Das Land stellt dem UKGM eine Menge Geld für Forschung zur Verfügung, das lässt der Vorstand aber lieber in die Dividenden fließen, anstatt den

## Zu wenig Müll kostet viel Geld

2006 hat der Kreis Gießen die Entsorgung des Restmülls privatisiert und an den Remondis-Konzern abgegeben.

Wie bei solchen Privatisierungen üblich will dieser Konzern ordentliche Profite machen ohne irgendein Risiko einzugehen. Deswegen ließ er sich pro Jahr eine Restmüllmenge von 39.000 Tonnen zur thermischen Verwertung garantieren. Wird es weniger, muss für jede fehlende Tonne bezahlt werden.

Die Appelle zur Müllvermeidung und Mülltrennung wurden von den Bewohnern in Kreis und Stadt eifrig befolgt, die Menge sank von ehemals 55.000 Tonnen auf weniger als 39.000 Tonnen jährlich, für jede fehlende Tonne wird bezahlt. Remondis aber kann den Hals nicht voll kriegen.

Der abgegebene Müll wird in der Abfallwirtschaftsanlage des Kreises

und der Abfallumschlagstation in Gießen gewogen. Aus diesen Wägungen wurde der zu zahlende Betrag berechnet.

Im Frankfurter Müllheizkraftwerk wird aber nochmal gewogen, und dort sind die Mengen geringer.

Möglicherweise trocknet das Zeug auf dem Weg aus. Remondis will die Frankfurter Wägedaten als Berechnungsgrundlage und hat vorm Landgericht geklagt – dort aber verloren. Als schlechte Verlierer sind sie in Berufung gegangen.

Aber damit nicht genug. Remondis erwartet auch, dass die Kanal- und Straßenreinigungsgebühren für die Abfallanlagen in Stadt und Kreis weiter von der ehemals für die Entsorgung zuständige ZAUG Recycling GmbH gezahlt werden, hat auch deswegen geklagt und ebenfalls verloren. Wie nicht anders zu erwarten, erfolgte auch



da eine Berufung. Fazit: Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen ist keine gute Idee und macht alles teurer. In der Privatwirtschaft sind Profite in der Regel mit Risiken verbunden. Bei Privatisierungen werden die Verträge aber so gestaltet, dass der Gewinn sicher ist, jedes Risiko aber ausgeschlossen wird.

Gernot Linhart



## Die perfide Logik des präventiven Sicherheitsstaates

Jeder Skandal um die Geheimdienste führt nur zu einem: noch mehr Rechte für die Dienste.

Nach den Erkenntnissen über die Rolle der Geheimdienste im NSU-Komplex und nach dem Skandal um den hessischen Verfassungsschützer Andreas Temme – der in seiner Heimatstadt scherzhaft „Klein Adolf“ genannt wurde – war die „Zivilgesellschaft“ überzeugt:

Das muss Konsequenzen haben. Die Dienste müssen besser kontrolliert werden, deren Rechte beschränkt und deren Arbeit transparenter werden.

Es kam mal wieder ganz anders: Im Gesetzesentwurf von CDU und Grüne vom 17.11.2017 zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Hessen werden dessen Rechte erweitert.

Der Einsatz staatlicher Schnüffelsoft-

ware auf Computern und Smartphones wird erweitert.

Der Verfassungsschutz soll bei WhatsApp mitlesen können. In dem Entwurf des Gesetzes fehlt das Recht des Kontrollgremiums, jederzeit Zutritt zu den Dienststellen des Verfassungsschutzes zu erhalten.

Das hessische Gesetz bleibt damit hinter den Kontrollmöglichkeiten auf Bundesebene zurück. Der Einsatz von V-Leuten soll ausgeweitet werden. Diesen soll das Begehen szenetypischer Straftaten wie das Tragen verbotener Symbole, Drogenhandel oder Betrug erleichtert werden.

Völlig falsch findet das unter anderem Alexander Kienzle, Anwalt der Familie des mutmaßlich durch den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) getöteten Kasseler Internet-Café-Be-

treibers Halit Yozgat.

Die Lehre aus dem NSU-Komplex müsse sein, dass Straftaten durch behördliche Mitarbeiter und V-Leute verhindert werden.

Der Gesetzesentwurf stelle genau das Gegenteil dar, sagte Kienzle.

### Grüne stimmen zu - gegen ihre eigenen Mitglieder

Wie wichtig der grünen Führungsriege Bürgerrechte sind – welche sie ansonsten wie eine Monstranz vor sich her tragen – wurde im Herbst 2017 deutlich: Die hessischen Grünen hatten sich beim Parteitag im November 2017 in Hanau mit knapper Mehrheit gegen den Gesetzesentwurf ausgesprochen. Die Grünen im Landtag tragen den Entwurf gegen den Willen ihrer Basis dennoch mit.

Henning Mächerle



## Schwarz-grüner Einheitsbrei

Im Herbst wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Eines steht schon fest: CDU und Grüne stehen in Treue fest zusammen und wollen weiter koalieren, wenn die Mehrheit reicht.

In einem Pressegespräch lobte Ministerpräsident Bouffier das gute Klima zwischen den Parteien und zwischen sich und dem Grünen AI-Wazir (den die CDU vor ein paar Jahren noch wegen seines Namens verunglimpfte). Er betonte aber ausdrücklich, dass es sich noch um zwei verschiedene Parteien handelt. Gut, dass das mal aus berufenem Munde gesagt wurde.

Bei Betrachtung der gemeinsamen Politik (Verkehr, Abschiebungen, Tarifverhandlungen, Billigflieger und Aufweichung des Nachtflugverbotes am Frankfurter Flughafen...) könnte man etwas anderes denken. G.L.



## Leserbrief

Vielen Dank für den Zweispalter zu Dr. Kaufmann. Es hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen. Zu den drei Hauptopfern: „wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet“: Elisabeth Will bekam kein Verfahren, sondern wurde als Jüdin in Auschwitz vergast. Pfr. Steiner soll sich nach Aussagen der Gestapo im Gefängnis in Darmstadt das Leben genommen haben, die Gestapo kann ihn aber auch direkt umgebracht haben. Heinrich Will wurde in Preungesheim hingerichtet. Was nicht in meinem Text steht: es ist doch verblüffend, dass der Gastgeber und Hauptinitiator des „Feindsenderhörens“ Dr. Kaufmann nur mit Gefängnis (Butzbach) bestraft wurde und 1945 frei kam. Die Funktion der ganzen Aktion: die Herausstellung Wills auf roten Plakaten sollte den peinlichen Lehrer von Rudolf Hess in den Hintergrund treten lassen – deshalb taucht der Name des „Führerstellvertreters“ ja auch im Prozess nicht mehr auf.

Jörg-Peter Jatho

*Wir danken J.-P. Jatho für diese Richtigstellung und Ergänzung. Der Fehler war uns kurz nach Erscheinen auch schon aufgefallen und wäre in dieser Ausgabe korrigiert worden.*

## Me-Too?-Nicht jammern und picheln, sondern hämmern und sicheln

Schon 2004 war mehr als die Hälfte aller Frauen nach Angaben des Familien-Ministeriums schon einmal von sexuellen Übergriffen betroffen. Seit der Me-Too-Debatte dürfte die Zahl noch gestiegen sein.

Man sollte nicht spekulieren, ob da übertrieben wird oder die Betroffenen zu empfindlich sind, sexuelle Übergriffe sind ohne Wenn und Aber zu verurteilen.

Zu verurteilen sind aber auch die gesellschaftlichen Umstände, die das begünstigen, wie sexistische Werbung mit der Frau als Objekt, eine gewisse Tabuisierung und die propagierte Opferrolle, besonders in Film und Fernsehen. Bei einer Vergewaltigung im Film ist das Opfer meist voller Angst und Panik.

Eine Gegenwehr kommt nur sehr selten vor und eine erfolgreiche noch weniger. Das würde dem allgemein gehegten Bild der schutzbedürftigen Frau widersprechen, die Gefahr läuft, zum Opfer zu werden.

Was will ich damit sagen?

Ich fühle mich nicht als „Opfer“, obwohl auch ich mit sexuellen Angriffen konfrontiert war. Und damit meine ich nicht die ungewollte Umarmung mit den Worten „Gott sei mit Dir“ von einem fremden Mann in der Wieskirche.

Ein Beispiel: Spät abends wurde ich bis ins Haus verfolgt, wo man mir an die Wäsche wollte. Daraufhin drückte ich mit der einen Hand den Täter so fest ich konnte an die Wand und mit der anderen die Klingelleiste. Leider konnte er entkommen.

Danach fühlte ich mich keineswegs

als Opfer, sondern war ziemlich zufrieden mit mir. Und ich bin sicher kein Einzelbeispiel. Notfalls kann jeder Angreifer mit einem gezielten Tritt außer Gefecht gesetzt werden. Das musste ich (noch) nicht tun, aber ich bin ja noch relativ jung.

Solche Beispiele erfolgreicher Gegenwehr gibt es bestimmt viele, aber sie werden nicht gezeigt, spielen in den Medien keine Rolle, sie könnten ja Nachahmerinnen finden.

Warum werden in den Schulen angesichts der o. g. Zahlen keine Kurse zur Selbstverteidigung durchgeführt? Selbstbewusste Frauen kann dieses System nicht brauchen, ängstliche Opfer sind leichter zu manipulieren. Die allgemeine Rechtsentwicklung sieht man auch hier, das diskriminierende „Fräulein“ (seit den 70er, 80er Jahren verschwunden) kommt wieder – mit dem reaktionären Frauenbild und der Festlegung auf die Geschlechterrollen (germanys next topmodel – in besonders ekliger Form auch für kleine Mädchen).

Frauen, die ihre Situation durchschauen und für ihre Rechte kämpfen, kann dieses System nicht gebrauchen.

Erst recht nicht solche Frauen, die erkennen, dass eine formale Gleichberechtigung, wie sie im Grundgesetz steht, nicht reicht, obwohl wir selbst davon noch weit entfernt sind. Dort wird uns nur das Recht auf gleiche Ausbeutung von Männern und Frauen versprochen. Wir brauchen Frauen, die gegen jede Ausbeutung kämpfen – am besten mit den ausgebeuteten Männern zusammen.

(Name ist der Redaktion bekannt)

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC: SKGIDE5F. Druck: Gründruck  
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

**Redaktionsschluss für April-Echo: Mi., 21. März**



## Demo zum Internationalen Frauentag

Start am Samstag, dem 10. März um 13 Uhr mit einer Auftaktkundgebung am Kirchenplatz unter dem Motto:

### Gleiche Rechte - gleiche Möglichkeiten - für alle und überall

Aufrufer: ARAG, DKP Gießen, Eritreischer Frauenverein, Internationalistisches Bündnis, kurdischer Frauenrat

## 200 JAHRE KARL MARX

Am 5. Mai 1818 ist Karl Marx geboren worden. Er wurde 64 Jahre, zehn Monate und neun Tage alt. Aber: Wenn wir heute über 200 Jahre Karl Marx reden, blicken wir zugleich auf 200 Jahre Ka-



keine gute Nachricht, oder? wohl nicht träumen lassen, lange überleben werde. - junge Marx wusste, dass erst Philosophie – auch seine – sofern ist durch die Fortdauer aktuell geblieben. Über diese Symbiose von Kapitalismus und Marxismus wollen wir aus scheinbar festlichem Anlass reden:

**Marburg:** Dienstag, 10. April 2018, 19 Uhr, Bahnhofstr. 6, Käte-Dinnebier-Saal. - Veranstaltet von der DKP Marburg

Außerdem:

**Gießen:** Donnerstag, 12. April 2018, 19 Uhr, Kongresshalle, Berliner Platz 2, Versailles-Zimmer. - Veranstaltet vom DGB Mittelhessen

**Referent: Georg Fülberth, Marburg**

## Veranstaltung der DKP Gießen zum 1. Mai

Mittwoch, 25. April, 19 Uhr im DGB-Haus, Walltorstr.17, Dachsaal, mit

### Axel Koppey, Vorsitzender DKP Hessen

Kulturprogramm mit der Kabarettistin und Liedermacherin

### Jane Zahn

## Syrien: Annäherung gegen die Spaltung

Die Aussicht auf ein kurdisches Autonomiegebiet, die Zusammenarbeit der YPG mit den USA, Soldaten, Stützpunkte Artillerie der USA im Norden Syriens – das hat lange Zeit die Beziehungen zwischen den YPG und der syrischen Regierung belastet. Beziehungen, die nie gut waren. Der Einmarsch der Türkei in Afrin und der Krieg gegen die YPG hat manches geändert. Die Situation in Afrin ist seit Wochen Thema von Diskussionen in Syrien. Das geänderte Klima fand Anfang der Woche einen Höhepunkt, als Busse mit überwiegend kurdischen Unterstützern von Aleppo nach Afrin fuhren: Angekündigt und gefeiert in syrischen Medien.

Auch auf Seiten der YPG hat sich man-

ches geändert. Allein gelassen vom Verbündeten USA, keine Flugverbotszone gegen den NATO-Partner Türkei, unter militärischem Druck durch die Türkei, deren Kräfte langsam aber deutlich vorrücken, hat Ernüchterung um sich gegriffen.

Die ersten Rufe, die syrische Armee müsse doch die staatliche Souveränität in Afrin verteidigen, waren wohl noch nichts als Propaganda. Mittlerweile aber haben echte Verhandlungen stattgefunden. Das war möglich, weil Afrin eine eigenständige Rolle spielt. Ein kleines Gebiet und auf drei Seiten von dschihadistischen Einheiten unter Kontrolle der Türkei umgeben, war für Afrin von vornherein ein Mindestmaß an Zusammenarbeit mit der

## Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2018 und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

**Sparkasse Gießen, IBAN:**  
DE75 51350025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die  
Echo-Redaktion

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

## Protest gegen Hartz IV

### Info-Stand des Gießener Frie- densnetzwerks:

am Samstag, dem 31. März,  
ab 10 Uhr, Seltersweg/Ecke  
Löwengasse

syrischen Regierung überlebenswichtig, denn nur mit ihrer Hilfe war die Versorgung möglich...

Ein offener Konflikt der YPG im Bündnis mit der syrischen Armee gegen die Türkei würde nicht nur das US-Projekt der Spaltung Syriens gefährden, sondern auch das russische Konzept für eine politische Lösung des Konflikts im Astana-Prozess. Das dürfte auch Thema beim heutigen Gespräch von Putin mit Erdogan gewesen sein.

Als die Türkei Afrin angriff, stellte sie es als kurzen Feldzug dar. Der kurze Feldzug hat das Potential, die festgelegten politischen Lager in Syrien aufzuweichen. Aber auch das Potential für einen großen Konflikt.

Manfred Ziegler  
leicht gekürzt aus: UZ vom 23.2.2018  
<https://www.unsere-zeit.de/de/5008/positionen/7812/>